

Geschichtlicher Überblick über die Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane der DDR und der ČSSR 1955 bis 1989 im gesamteuropäischen Kontext

(Eugenie Trützscher von Falkenstein)

| 1. Der Kalte Krieg (1955 bis 1961) | |
|---|--|
| <p>Zehn Jahre nach dem Ende des II. Weltkrieges trat auf der Grundlage der Pariser Verträge vom 24. Oktober 1954 die Bundesrepublik Deutschland am 9. Mai 1955 der NATO bei. Die unter der sowjetischen Führung stehenden „osteuropäischen Staaten“ reagierten auf diesen Schritt mit der Gründung des sogenannten Warschauer Pakts im selben Monat, am 14. Mai 1955. Damit trat der Kalte Krieg in eine neue Phase ein.</p> | <p>Arbeitsauftrag:</p> <p>a) Stelle die Gründungsstaaten der NATO fest. Überlege wie sich die Rolle der NATO nach 1990 geändert hat.</p> <p>b) Stelle die Gründungsstaaten des Warschauer Paktes fest. Erkundige dich, wann und wie dieser zusammenbrach.</p> |
| <p>Eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Kampf gegen den „imperialistischen“ beziehungsweise „kommunistischen“ Feind bestand in der Zusammenarbeit der Geheimdienste in den entsprechenden Lagern. Beide politischen Blöcke gaben vor dadurch den einen Staat zu schützen. Aus diesem Grunde wählte man für die Geheimdienste entsprechend positiv erscheinende Bezeichnungen aus. Die Deutsche Demokratische Republik hat für die Staatssicherheit per Gesetz am 8. Februar 1950 ein eigenes Ministerium-, das Ministerium für Staatssicherheit, errichtet.</p> <p>Das Tschechoslowakische Parlament begnügte sich damit, die bereits seit April 1945 existierenden Einheiten zu legitimieren und sie in das Innenministerium einzugliedern. Aber auch die Bundesrepublik verzichtete auf die Verwendung des Ausdrucks „Geheimdienst“ und nannte diesen neutral Bundesnachrichtendienst. Offiziell entstand er durch den Kabinettsbeschluss erst am 1. April 1956 und unterstand von Anfang unmittelbar dem Kanzleramt. Der Bundesnachrichtendienst übernahm Akten und Karteien von der seit 1949 von der CIA geleiteten „Organisation Gehlen“. Dass der Bundesnachrichtendienst doch ein Geheimdienst war, kann aus der Tatsache hergeleitet werden, dass erst 1990 ein Gesetz für den Bundesnachrichtendienst verabschiedet wurde.</p> | <p>Arbeitsauftrag:</p> <p>Erläutere, wie der West-Ost Konflikt in den jeweiligen westlichen und östlichen Medien dargelegt wurde.</p> |
| <p>Eine besondere Beachtung gilt der Sprache, in welcher die Protokolle und Vereinbarungen zwischen den Organen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen abgefasst wurden. Grundsätzlich sind diese jeweils in Deutsch und Tschechisch verfasst. Kein einziges amtliches Schriftstück ist in Slowakisch, obwohl Slowakisch neben Tschechisch die zweite offizielle Amtssprache des Tschechoslowakischen Staates war. Es gab aber auch zwischenstaatliche Protokolle, deren Text nur in russi-</p> | <p>Arbeitsauftrag:</p> <p>Vergleiche die offizielle Sprache der Sicherheitsorgane mit der jeweiligen Umgangssprache, achte auf die Syntax, untersuche die Wortwahl, welche Verben benutzt wurden und überlege ob und warum sie anders war.</p> |

| | |
|---|---|
| <p>scher Sprache als das „Original“ galt. So zum Beispiel das sechszwanzig Seiten umfassende Protokoll zwischen den beiden Ministerien vom Januar 1978 über den Einsatz von Technik an der Grenze.</p> | |
| <p>Die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsorganen kann bis zur Gründung des Warschauer Paktes im Jahr 1955 als sporadisch bezeichnet werden. Im Juli 1955 unterzeichneten Berlin Vertreter des Tschechoslowakischen Innenministeriums und der Staatssekretär des Ministeriums für Staatssicherheit (weiter nur MfS) ein Protokoll über die Zusammenarbeit beider Organisationen. Dieses Protokoll bildete die Grundlage für alle folgenden.</p> <p>Während einer gemeinsamen Tagung im März 1958 in Prag wurde das drei Jahren zuvor unterzeichnetes Protokoll nicht nur bestätigt, sondern erweitert.</p> <p>Obwohl der Schwerpunkt der Beobachtung(auch operative Tätigkeit genannt) der Sicherheitsorgane beider Staaten nach wie vor das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bleibt, werden aufgrund dieses Protokolls weitere Personenkreise, Bereiche und Staaten in das Beobachtungsfeld der Staatssicherheit gerückt.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Überlege und notiere um welchen Personenkreis es sich handelte.</p> <p>Alle Protokolle sind in deutscher Sprache zu finden unter:</p> <p>http://www.ustrcr.cz/cs/mezinarodni-spoluprace-ndr</p> |
| <p>2. Grenzregime im realen Sozialismus (1961 bis 1967)</p> | |
| <p>Zu Beginn der 1960er Jahre des 20. Jahrhunderts verkündete die Tschechoslowakei, dass den Sozialismus bereits erreicht habe. Sie fügte in der Verfassung von 1960 die Bezeichnung in ihren Namen ein.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Erläutere, wie das tägliche Leben zu diesem Zeitpunkt in den beiden deutschen Staaten und in der Tschechoslowakei aussah. Einige Nahrungsmittel und Gegenstände des täglichen Lebens konnte man zu verschiedener Zeit in unterschiedlichen Mengen erwerben. Stelle fest, um welche Ware es sich handelte.</p> |
| <p>Obwohl diese Regimes für sich den Sozialismus als Erfolg verbuchten, mussten die Regierungen zur Kenntnis nehmen, dass nicht nur Intellektuellen sondern auch Arbeiter und Bauern die sozialistischen Staaten in Richtung Westen verlassen wollten. Vor allem in Berlin durchlässiger war, als die tschechoslowakische, haben nach Schätzungen des Presseinformationsdienstes des Landes Berlin zwischen 1949 und dem 13. August 1961 fast 2,7 Millionen DDR-Bürger ihren Staat verlassen. Diese Massenflucht der Bevölkerung hatte nicht nur mit ihrer Unzufriedenheit mit dem Regime zu tun Wie aus der Dienstanweisung</p> | <p>Arbeitsauftrag: Betrachte die Länge der Grenze zwischen</p> <ol style="list-style-type: none"> den beiden deutschen Staaten, der DDR, BRD und ČSSR den beiden Machtblöcken |

| | |
|--|--|
| <p>2/59 des MfS vom 7. April 1959 an ihre Bezirksleiter hervorgeht, mangelte es an IMs., die die Informationen über Fluchtabsichten der DDR Bürger entsprechend weiter geleitet hätten, damit diese hätten unterbunden werden können. Da die Gewinnung von neuen Mitarbeitern für die Staatssicherheit (Kaderwerbung) durch die „Werbebrigaden“ bis zu diesem Zeitpunkt nicht den erhofften Erfolg hatte, wurden die MfS Mitarbeiter der unteren Behörden angewiesen in ihrem Wohnort nach geeigneten Kandidaten zu suchen.</p> | <p>Dok.III.070459</p> |
| <p>Die Regierung der DDR reagierte auf die Massenflucht ihrer Bürger mit dem nächtlichen Mauerbau am 13. August 1961, der als der Höhepunkt des Kalten Krieges bezeichnet werden kann. Der Mauerbau hatte einen unmittelbaren Einfluss auf die Grenzsicherung und damit die personelle Besetzung der Grenze allgemein. Die Grenzpolizei der DDR wurde ab 15. September 1961 dem Ministerium für nationale Verteidigung unterstellt. Die Arbeit (operative Fahndung) wurde ab August 1962 von der neu gebildeten Arbeitsgruppe „Passkontrolle und Fahndung“ übernommen. Zwischen 1961 und 1968 widmeten sich die Organe der Staatssicherheit beider Bruderstaaten im Sinne der Protokolle über die Zusammenarbeit des Innenministeriums und des Ministeriums für Staatssicherheit aus den Jahren 1955 und 1958 dem Ausbau ihrer Zusammenarbeit.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Stelle die Gesamtlänge der Berliner Mauer fest. Welche Folgen hatte diese Abriegelung für die Menschen?</p> |
| <p>Im November 1965 wurden in Berlin die Protokolle aus den 1950er Jahren durch eine neue Vereinbarung untersetzt. Aufgrund dieser Vereinbarung unterlagen künftig alle Touristen beider Staaten bei den Reisen in das jeweils andere Land sogenannter operativer Kontrolle. Das heißt, sie wurden beobachtet.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Erläutere auf welche Art und Weise Touristen im Ausland beobachtet werden konnten.</p> |
| <p>Um mit der sich schnell entwickelnden medientechnischen Entwicklung Schritt halten zu können, wurde die Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlich-technischen Aufklärung vereinbart. Ausdrücklich sollen Personen, „die von Interesse sind“ unterstützt werden.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Erläutere, um welche Geräte es sich gehandelt hat. Welche anderen Personengruppen waren für die StB und Stasi von Interesse?</p> |
| <p>Die Vereinbarungen auf Ministerebene wurden auf den Arbeitsebenen konkretisiert. Bei diesen Vereinbarungen legten Vertreter des MfS Wert darauf, dass ihre tschechoslowakischen Kollegen die von ihnen zu erwartenden Handlungen als eine Reaktion auf die „Maßnahmen der DDR vom 13. August 1961“ betrachteten. Zu diesen „Handlungen“ gehörte die Sicherung der grenz-</p> | <p>Arbeitsauftrag: bespreche anhand der Karte mit deinem Nachbarn um welche Gebiete es sich wohl handelte.</p> |

| | |
|--|---|
| <p>nahen Bereiche DDR/BRD/ČSSR durch die Tschechoslowakische Volksarmee bis 30 km Tiefe auf DDR-Territorium.</p> | |
| <p>Die zwischenstaatliche Vereinbarung über den visafreien Verkehr zwischen den beiden Staaten vom 14. Juli 1967 bedeutete nicht, dass die Bürger ohne weiteres die Grenze überschreiten konnten. Um die ČSSR besuchen zu können, benötigten die im Jahr 1967 eingereisten 595.000 DDR-Bürger nach wie vor eine Genehmigung, die nach Vorlage des Personalausweises für die Höchstdauer von zwei Tagen von den zuständigen Volkspolizeikreisämtern erteilt wurde. Dadurch wurden die Antragsteller nicht automatisch durch die Organe der MfS überprüft und somit konnten auch Bürger ohne die Kenntnis beziehungsweise Genehmigung des MfS in die ČSSR einreisen. Zu diesem Personenkreis zählten 778 aktenkundige DDR-Bürger, die sich im Jahr 1967 in der ČSSR mit Bürgern aus dem Westen trafen, sowie 385 DDR-Bürger, die versuchten die DDR über die ČSSR illegal zu verlassen, wovon 200 durch MfS-Mitarbeiter festgenommen wurden. Nach dem Bericht der Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs gelang 82 Personen der Grenzdurchbruch. Was mit den restlichen 103 Personen geschehen ist, wird offen gelassen. Um künftig die Zahl derjenigen DDR-Bürger zu verringern, die die DDR illegal verlassen wollten, wurden aufgrund der von der Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs des MfS über die in der Zeit vom 13. bis 25. November 1967 im Kreis Oelsnitz durchgeführten Untersuchungen Vorschläge unterbreitet. Hiernach wurden alle verdächtigen Bürger, die in die ČSSR einreisen wollten, durch die zuständigen Kreismeldstellen sowie die Kreisdienststelle des MfS überprüft.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Stelle fest, seit wann es zwischen Deutschland und der ČSSR/Tschechien offene Grenzen gibt. Notiere, welche Vorteile oder Nachteile die Abschaffung der Grenze für die Bürger in der grenznahen Region hat.</p> |
| <p>3. Der Prager Frühling und Beginn der Normalisierung (1968 bis 1969)</p> | |
| <p>In der Tschechoslowakei wurde vor allem die durch das Scheitern des Fünf-Jahresplanes im Jahr 1964 entstandene Situation in der zentrale Verwaltungswirtschaft heftig kritisiert. Kritik gab es aber auch vonseiten der Intellektuellen und Schriftsteller. Diese forderten mehr gesellschaftliche Freiheit. Die Beschränkung der zentralen Verwaltungswirtschaft war nicht ohne eine gewisse Demokratisierung der Gesellschaft möglich.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Kläre den Begriff der Zentralen Verwaltungswirtschaft und nenne Beispiele aus der Industrie und dem Handel, wo diese funktionieren bzw. nicht funktionieren konnte.</p> |

| | |
|---|---|
| <p>Mit der Wahl von Alexander Dubček an die Spitze der Führung der kommunistischen Partei wurden Voraussetzungen zur demokratischen Veränderungen der Gesellschaft geschaffen.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Stelle fest mit welcher anderen staatlichen Funktion die des Ersten Sekretärs der Partei bis zum Antritt von A. Dubček verbunden war.</p> |
| <p>In diesem Zusammenhang wurde die Frage einer Neuregelung der Beziehungen zwischen den beiden Nationen in den Mittelpunkt des Demokratisierungsprozesses gestellt. Konsequenterweise sollte die Verfassung föderalisiert werden.</p> | <p>Arbeitsauftrag: a) Warum ist die Beachtung der nationalen Identität für das friedliche Zusammenleben wichtig? b) Erläutere zu welcher Nation/Nationalität sich die Menschen in deiner Region/in deiner Schule bekennen.</p> |
| <p>Am 1. Juli 1968 hob die Tschechoslowakei das Sperrgebiet zur DDR Staatsgrenze auf. Oft trafen sich die Menschen zwischen Klingenthal und Kraslice zu einem Gespräch, worüber die zuständige Stelle des MfS in Karl-Marx Stadt bereits am 4. Juli 1968 berichtete.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Suche die beiden Orte auf der Landkarte. Überlege, was die Öffnung der Grenze für die Bewohner bedeutete.</p> |
| <p>Die „Atmosphäre völliger Übereinstimmung“, die noch während der Verhandlungen beider Innenministerien im Mai 1967 hervorgehoben wurde, war bei der Staatsmacht der DDR wohl nicht mehr vorhanden. Stattdessen beobachtete man die Demokratisierung in dem Nachbarstaat mit Sorge und Misstrauen. Die meisten kommunistischen Parteien fürchteten, dass die demokratischen Bestrebungen auch in ihren Ländern Fuß fassen könnten.</p> <p>Aus diesem Grund schrieb die Führung der DDR gemeinsam mit vier weiteren kommunistischen Parteien einen Warnbrief, den sogenannten „Warschauer Brief“.</p> <p>Zum selben Zeitpunkt fand in der DDR eine Verfassungsdiskussion statt, deren Grundlage der Verfassungsentwurf der Volkskammer vom Februar 1968 war. Die Verfassung hatte ein einziges Ziel, die Machtsicherung der Einheitspartei zu festigen. Mit dem Zusatz „sozialistisch“ in der Verfassung wollte die Spitze des Staates dokumentieren, dass auch sie den Sozialismus erreicht hatte. Im Gegensatz zu der Tschechoslowakischen Verfassung verzichteten die deutschen Genossen darauf, das Adjektiv „sozialistisch“ in den Staatsnamen aufzunehmen. Der Verfassungsentwurf wurde am 6. April 1968 in einer Volksabstimmung bestätigt. Nachdem sie zwei Tage später von Walter Ulbricht unterzeichnet wurde, trat die Verfassung am 9. April 1968 in Kraft.</p> | <p>Arbeitsauftrag: a) Erkundige dich, wer Walter Ulbricht war und welche Funktion er hatte. b) Wie hieß die führende Partei der DDR? Warum hieß sie so?</p> <p>Dok.VII.150768</p> |

| | |
|---|---|
| <p>Mit dem Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die Tschechoslowakei am 21. August 1968 wurde der Prager Frühling gewaltsam beendet. Mit dem Einmarsch der Sowjetarmee wurden nicht nur die Rechte des Einzelnen sondern auch der einzelnen Nationen vorerst erneut dem Primat der Partei unterstellt. Zwar wurde die Tschechoslowakei pünktlich zum 50. Jahrestag der Gründung der Republik föderalisiert, aber diese Föderalisierung erfolgte nur pro forma, weil nach wie vor alle Entscheidungen vom ZK der Partei und von Moskau im Namen des Sozialismus absegnen werden mussten.</p> | <p>Arbeitsauftrag:</p> <p>a) Finde Beispiele und erläutere, wie die Menschen in der Tschechoslowakei auf den Einmarsch reagiert haben.</p> <p>b) Versuche einzuschätzen, wie sich die Soldaten der Einmarschtruppen gefühlt haben.</p> |
| <p>Die Rettung des Sozialismus stand damit über dem Recht nicht nur des Einzelnen sondern auch der einzelnen Nation. Breschnew hat dies in seiner Rede während des 5. Parteitag der polnischen Arbeiterpartei am 12. November 1968 ausdrücklich betont, in dem er sagte, dass wenn der Sozialismus in einem Staat gefährdet sei, es sich um ein Problem aller sozialistischen Staaten handelt. Damit begründete er die Möglichkeit des Eingreifens in jeden Staat, in dem eine solche Situation entstand. Seine Meinung ging in die Geschichte als die sogenannte“ Breschnew-Doktrin“ ein..</p> | <p>Arbeitsauftrag:</p> <p>Erläutere, warum die Breschnew-Doktrin ein schwerer Eingriff in die Souveränität des Staates ist.</p> <p>Dok.VII.1211968</p> |
| <p>Tatsache ist, dass der Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die Tschechoslowakei nicht nur die Menschen, sondern auch die Mitarbeiter der Staatsorgane schockiert hatte. Die Genossen des MfS mussten mitverfolgen wie ihre tschechoslowakischen Kollegen den Einmarsch verurteilten. Damit verlor die Staatssicherheit der DDR ihren Ansprechpartner und musste jetzt auf sich selbst gestellt alleine an der gemeinsamen Grenze agieren.</p> | <p>Arbeitsauftrag:</p> <p>Erläutere warum sich zahlreiche Kommunisten in der Tschechoslowakei mit dem Prager Frühling identifizierten. Warum war der Einmarsch für sie ein Schock?</p> |
| <p>Wie die tatsächliche Lage an der Grenze war, erfuhr die Zentrale in Berlin zum Beispiel von den Mitarbeitern des MfS aus Karl-Marx-Stadt. Diese berichteten am 23. August 1968 über Transparente, zum großen Teil mehrere Meter lang, mit Hetzlosungen gegen die sowjetischen Truppen, die NVA und die Maßnahmen der DDR. Um Bürgern der DDR eine Teilnahme an den Protestaktionen und Versammlungen in der ČSSR gegen den Einmarsch der Warschauer Paktstaaten zu untersagen, wurde der Grenzverkehr mit der Tschechoslowakei unterbrochen. Alle vor dem 21. August 1968 für Bürger der DDR ausgestellten Visa verloren ihre Gültigkeit. Da man im sozialistischen Lager gar befürchtete,</p> | <p>Arbeitsauftrag:</p> <p>Erläutere, wie sich die DDR-Bürger fühlten und wie sie auf diese Transparente reagierten.</p> <p>Dok.III.230868</p> |

| | |
|--|---|
| <p>die Befürworter des Einmarsches sind in der Tschechoslowakei nicht sicher, sah sich das MfS veranlasst, im September und Oktober 1968 immer neue Befehle und Instruktionen zum Verhalten an der Grenze zur Tschechoslowakei auszugeben. Aus allen geht hervor, dass denjenigen tschechoslowakischen Staatsbürgern, die die Okkupation befürworteten, Zuflucht angeboten werden sollte. Die tschechoslowakischen Kommunisten mussten sich gegenüber Moskau zu personellen Veränderungen verpflichten. Alexander Dubček trat von seinem Amt als 1. Sekretär der Partei am 17. April 1969 zurück. Einen Monat später besucht der neue 1. Sekretär der Tschechoslowakischen Kommunisten, Gustav Husák, den Staatsratsvorsitzendem und 1. Sekretär der SED, Walter Ulbricht, in Erfurt. Diese Begegnung kann als demonstrative Rückkehr der Tschechoslowaken in das sozialistische Lager angesehen werden. Ab Juli 1969 wurde die Zusammenarbeit zwischen den Passabteilungen der DDR und der ČSSR wieder aufgenommen.</p> | |
| <p>Anlässlich des 20. Jahrestages der Bildung des MfS besuchte am 6. Februar 1970 ein Vertreter der Staatssicherheit aus Pilsen Schönberg. In den am Rande stattgefundenen Gesprächen äußerte sich dieser Major über die gegenwärtige politische Situation in der Tschechoslowakei. Der Abteilungsleiter des MfS fertigte hieraus einen Bericht. In diesem werden die geschilderten Probleme der tschechoslowakischen Staatssicherheit dargelegt, die sich alle daraus ergeben, dass in vielen Ämtern und auch bei der Staatssicherheit nach wie vor Anhänger des reformkommunistischen Flügels beschäftigt sind, die jedoch jetzt als unzuverlässig betrachtet werden. So werden 20 Residenzen (Zweigstellen) der Staatssicherheit im kapitalistischen Ausland als nicht mehr zuverlässig betrachtet.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Versuche dich in die Lage der beiden Männer zu versetzen. Hätte der tschechische Mitarbeiter der StB dies alles erzählt, wenn er sich der Tragweite seiner Aussagen bewusst gewesen wäre?</p> |
| <p>Die negativen Informationen über den Zustand der Bruderpartei und die Sicherung der Grenze durch die zuständigen Organe der ČSSR waren für die für Tourismus zuständige Hauptabteilung VI des MfS alarmierend. Vor allem, weil die Jugendlichen in der DDR sich immer mehr für die ihnen vorenthaltene Freiheiten interessierten und immer weniger bereit waren, sich unterzuordnen. Am 3. Juli 1971 wurde in Berlin ein Protokoll unterzeichnet, in dem man die Vorstellungen der DDR-Genossen wiederfindet. Danach wurde der Reise- und Touristenverkehr von Bürgern der DDR in der gesamten ČSSR von der</p> | <p>Arbeitsauftrag: Erläutere, für welche Freiheiten sich die Jugendlichen vor allem interessierten.</p> |

| | |
|---|--|
| <p>Operativgruppe des MfS in der ČSSR beobachtet. Darüber hinaus sicherten die Organe der tschechoslowakischen Staatssicherheit für die Mitarbeiter des MfS Möglichkeiten zu, Treffpunkte in den Bäderzentren im Gebiet Karlsbad, Marienbad und Franzensbad einzurichten.</p> | |
| <p>Im Januar 1972 wurde der nach August 1968 unterbrochene visafreie Verkehr offiziell erneuert. Alleine im Zeitraum vom 15. Januar 1972 bis 13. Februar 1972 reisten 97.211 Bürger der DDR in die ČSSR ein, davon über den Übergang Oberwiesenthal 76.839. Auf die angestiegene Touristenzahl musste das MfS reagieren. Sie erhöhte vor allem die Zahl der in der ČSSR tätigen IMs. Um die Zusammenarbeit zu sichern, wurde den deutschen Genossen in Karlsbad, Marienbad und in Eger jeweils ein Mitarbeiter der örtlichen Staatssicherheit zugewiesen. Die Tragweite der Eigenständigkeit des MfS zeigt die Tatsache, dass der Leiter der operativen Einheit grundsätzlich verpflichtet war, über seine Aktivitäten und Vorhaben die Abteilung für internationale Beziehungen des tschechoslowakischen Innenministeriums zu informieren, in Fällen jedoch, bei denen durch ein nicht sofortiges Handeln Gefahr drohte, war er berechtigt sein Handeln auf dem kürzesten Wege mit den operativen Mitarbeitern des MfS abzusprechen und die tschechoslowakische Seite nachträglich zu informieren.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Erläutere, was es für dich bedeuten würde, zu wissen, dass du nicht frei aussprechen darfst, was du denkst ohne Angst zu haben, dass du dadurch Probleme haben könntest.</p> |
| <p>Angesichts des Mangels an Waren aller Arten, der in einem Bericht der Bezirksverwaltung der MfS Karl-Marx-Stadt an das Ministerium in Berlin am 14. Oktober 1971 und am 15. Februar 1972 geschildert wurde, ist es nicht verwunderlich, dass die DDR-Bürger in der Tschechoslowakei alles kauften, was sie bekommen konnten. Dazu gehörten u.a. Ölsardinen, Kaffee, Säfte, Nüsse, Kosmetikartikel und Süßwaren, aber auch Kacheln, Fußbodenbelag und Lederbekleidung. Vereinzelt wurden auch Heizgeräte gekauft.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Kläre, welche Nahrungsmittel/technische Geräte, Zubehör, Textilien usw. es zu welchen Zeitpunkt in der DDR und der ČSSR gab bzw. nicht gab.</p> |
| <p>Die Regierungsvereinbarung über die Organisation und Unterhaltung geheimer Regierungsverbindungs- und Fernschreibverbindungen vom 28. Dezember 1972 kann als Zeichen der Normalisierung der Beziehungen der beiden Bruderstaaten gewertet werden, denn die Frage der direkten Verbindungen beschäftigte die wechselnden Delegationen beider Staaten seit 1955.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Erläutere, welche Bedeutung diese technischen Einrichtungen für die Beobachtung und Verfolgung der Bürger hatten.</p> |

| 4. Die Ära nach Helsinki (1975 bis 1984) | |
|--|---|
| <p>Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die auf Anregung der sozialistischen Staaten stattfand, dauerte mit der vorbereitenden Konferenz mehr als zwei Jahre (1972 bis 1975). Die Konferenz war ein Bestandteil des Entspannungsprozesses in Europa. Von großer Bedeutung in diesem Prozess war die neue Ostpolitik der BRD.</p> <p>Unter der Regierung Brandt wurde sowohl die Ostgrenze (DDR/Polen) anerkannt als auch das Münchner Abkommen von Anbeginn an für null und nichtig erklärt.</p> <p>Die Konferenz bildete einen Meilenstein für die Entspannung in Europa.</p> <p>Den osteuropäischen Staaten ging es neben um Abrüstung um wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit in Europa. Den westeuropäischen Staaten ging es vor allem um das globale militärische Gleichgewicht und um humanitäre Fragen und Menschenrechte.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Stelle fest:</p> <ol style="list-style-type: none"> was das „Münchener Abkommen“ war, wer dieses unterschrieben hatte und welche Bedeutung es für die Tschechoslowakei und Europa hatte. Stelle fest, wann die Ungültigkeit des Münchner Abkommens anerkannt wurde. |
| <p>Im August 1975 wurde die Schlussakte der Konferenz von insgesamt 35 Staaten in Helsinki unterzeichnet. In so genannten Korb III verpflichteten sich die einzelnen Staaten, Maßnahmen zu ergreifen um: „freiere Bewegung und Kontakte auf individueller und kollektiver, sei es auf privater oder offizieller Grundlage zwischen Personen, Institutionen und Organisationen der Teilnehmerstaaten zu erleichtern und zur Lösung der humanitären Probleme beizutragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben“.</p> | <p>Arbeitsauftrag:</p> <ol style="list-style-type: none"> Lese dir den Text des Schlussdokuments durch. Überlege wie die Bürger in der DDR und der ČSSR auf die in der Akte zugesagter Rechten reagierten. <p>Dok.VII.010875</p> |
| <p>Um gegenüber dem Westen ihren guten Willen zu demonstrieren haben sowohl die beiden Staaten die ČSSR (am 23.12.1975) als auch die DDR (am 27.03.1973) die Internationale Konvention (Pakt) aus dem Jahr 1966 über zivile und politische Rechte ratifiziert. Durch ihre Unterzeichnung haben sich die beiden Staaten verpflichtet die freie Meinungsäußerung der Bürger zu akzeptieren wegen der auch niemand willkürlich verhaftet werden darf. Die kommunistischen Regime verpflichteten sich weiter, jedem das Verlassen des Staates zu erlauben.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Lese dir den Text der Konvention durch und überlege, welche Artikel du persönlich für wichtig hältst</p> <p>Dok.VII.161266</p> |
| <p>Auch die Richtlinie über die Regelung der Rechtsbeziehungen der ČSSR zur Emigration vom 16. März 1977 diente dazu, nach außen hin den guten Willen zu demonstrieren. Diese Richtlinie betraf an die 100.000 Tschechen und Slowaken, die sich ohne die Genehmigung der Staatsorgane im westeuropäischen Ausland auf-</p> | <p>Arbeitsauftrag: Wie viele Mitschüler mit Migrationshintergrund kennst Du? Stelle fest, welche Behörde sich in deiner Nähe mit Migranten beschäftigt.</p> <p>Dok.VI.160377</p> |

| | |
|---|--|
| <p>hielten sowie ihre Angehörigen in der Tschechoslowakei. Ziel dieser Richtlinie waren einerseits restriktive Maßnahmen gegen „reaktionäre Emigranten“, andererseits Entgegenkommen gegenüber den „friedlichen“ Emigranten.</p> <p>Um Erkenntnisse über die Emigranten aber auch über die politische und gesellschaftliche Situation, in der sie lebten, zu sammeln, musste der Tschechoslowakische Staat Emigranten als Informanten gewinnen. Aber auch das MfS war nach wie vor damit beschäftigt, die Beobachtungsmethoden des einzelnen Bürgers zu vervollkommen. Dies umso mehr als der sozialistische Machtapparat mit Recht befürchtete immer mehr Bürger würden auf die Umsetzung der im Korb III der KSZE vereinbarten humanitären Erleichterungen pochen.</p> | |
| <p>Damit die in der KSZE-Schlussakte sowie die im Internationalen Pakt über bürgerliche und soziale Rechte erhaltenen Grundsätze in der Tschechoslowakei mit Leben erfüllt werden, veröffentlichten 247 Menschen (in Anlehnung an die KSZE-Charta, Chartisten genannt) am 1. Januar 1977 ein Manifest. Zu den Unterzeichnern gehörten u.a. der Dramatiker und Schriftsteller Václav Havel, der Philosoph Prof. Jan Patočka und der Diplomat und Politiker Prof. Jiří Hájek. Die Kommunistische Partei reagierte auf die Forderungen durch Verhaftung und Gefängnis oder Ausbürgerung der führenden Persönlichkeiten der Chartisten, was im Widerspruch zu den Verpflichtungen der KSZE-Schlussakte stand. Die KPC ging davon aus, dass ohne die führenden Köpfe der Bewegung diese bald auseinander brechen würde, was jedoch nicht geschah. Die Mitglieder der Charta 77 haben in den folgenden Jahren mit einzelnen Mitgliedern der unabhängigen Friedensbewegung der Deutschen Demokratischen Republik zusammengearbeitet, was die Sicherheitsorgane beider Staaten intensiv beschäftigte. Daraus kann geschlossen werden, dass die sozialistischen Regierungen nicht bereit waren, ihre bisherigen politischen und gesellschaftlichen Praktiken gegen die auf Freiheit und Selbstbestimmung pochenden Bürger zu überdenken. Demzufolge hat sich für die Arbeit der beiden Sicherheitsorgane - außer der Verfeinerung ihrer Methoden und der noch besseren Selektierung der potentiellen Feinde - nichts geändert.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Lese den Korb III der Schlussakte durch und überlege, im welchen Punkten die Regierung gegen die von ihr gemachten Zusagen verstieß.</p> <p>Dok.VI.010177</p> |

| | |
|--|---|
| <p>Im Gegenteil, auf der Ebene der Staatssicherheit arbeitete man so wie bisher und fühlte sich überlastet. So beklagte sich im Bericht vom 17. November 1975 die zuständige Abteilung der Staatssicherheit in Karlsbad über die Arbeitsüberlastung der 37 Mitarbeiter und forderte daher Verstärkung. Auf 13 Seiten wird der Grund der Überlastung geschildert, der zu einer teilweisen Nichterfüllung der operativen Aufgaben führte: Vor allem der Anstieg der Zahl der Touristen aus der DDR und den westeuropäischen Staaten - hier vor allem aus der Bundesrepublik wurden benannt. Es waren die immer häufigeren Anforderungen seitens des MfS einerseits und der Verlust von Mitarbeitern nach der Säuberung der KPČ andererseits, mit denen sich die Sicherheitsorgane auseinandersetzen mussten.</p> <p>Auf die 129.410 registrierten Bewohner des Kreises Karlsbad kamen nach Angaben der Kreisverwaltung der Staatssicherheit im Jahr 1975 jährlich allein 2 Millionen Besucher aus der DDR und 30.000 Touristen aus der Sowjetunion. Die steigende Anzahl der DDR-Besucher führte zu steigenden Anfragen zur Auskunft über die Touristen bzw. zur Zusammenarbeit des MfS mit dem Bruderorgan. Die Anfragen erhöhten sich zwischen 1971 und 1975 um das vierfache, von 48 auf 206 Anfragen.</p> <p>Den Treffen zwischen den Staatsbürgern der beiden deutschen Staaten in der Karlsbader Region galt besondere Aufmerksamkeit. Insbesondere, wenn es sich um die Mitglieder einer Familie, um unter Beobachtung stehenden Gruppierung oder um Staatsbürger der DDR und der BRD handelte, die gemeinsam in die ČSSR einreisten.</p> | <p>Arbeitsauftrag:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Erläutere, welche Informationen die Sicherheitsorgane beider Staaten über die Touristen aus der DDR verlangt haben. b) Verfasse ein Verzeichnis von vermeintlichen Fragen, auf die geantwortet werden sollte. |
| <p>Um mehr über das Denken der Bürger zu erfahren, beschäftigte sich das MfS mit der Klärung der Frage: Wer ist wer? In der Bezirksverwaltung Dresden des MfS wurde festgestellt, dass durch diese Methode bei den IMs gute Erfolge für das operative Handeln erzielt wurde. Im Wohn- und Freizeitbereich hatten jedoch noch nicht den erwünschten Erfolg erreicht, da es nach wie vor „zuspäter Erkennung weisungswidriger Kontakte und anderer bedeutsamer Sicherheitsverstöße im Freizeitbereich“ kommt. Um Maßnahmen zur sogenannten „Entlarvung und Vereitelung der feindlichen Pläne“ zu verschärfen, wurde am 9. März 1977 eine vierzehnteilige Vereinbarung zwischen der DDR und der ČSSR</p> | <p>Arbeitsauftrag:</p> <p>Erläutere, was die Bürger der DDR und der ČSSR dazu veranlasst haben könnte, mit den Sicherheitsorganen zusammenzuarbeiten oder nicht.</p> |

| | |
|---|--|
| <p>unterzeichnet. Entsprechend ihrem Umfang wurde nicht nur im operativ-technischen Bereich sowie bei der Funkaufklärung Zusammenarbeit, sondern auch die abwehrmäßige Sicherung der Streitkräfte beider Staaten beschlossen.</p> | |
| <p>Trotz der Beschlüsse der Konferenz von Helsinki wurde die Aufrüstung der beiden Machtblöcke, sowohl der NATO als auch des Warschauer Paktes fortgeführt und in den einzelnen Staaten des jeweiligen Machtblocks weitere Raketen stationiert. Im Jahr 1979 stationierte die UdSSR in der DDR taktische Kurzstreckenraketen. Auf dem Gebiet der BRD wurden seit 1983 amerikanische Mittelstreckenraketen stationiert. Im selben Jahr wurden auf dem Gebiet der ČSSR sowjetische Raketen des Typs SS 20 stationiert. Dagegen protestierten die Mitglieder der Charter 77 in einem offenen Brief an die westlichen Friedensinitiativen und riefen zur gegenseitigen Abrüstung auf.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Kläre die Begriffe Aufrüstung und Abrüstung. Dok.VI.011183</p> |
| <p>In den folgenden Jahren wurde die Zusammenarbeit sowohl zwischen dem MfS und dem DDR-Innenministerium einerseits und dem Tschechoslowakischen Innenministerium andererseits durch weitere Vereinbarungen und Protokolle bestätigt bzw. ausgebaut. Im Vergleich zu früheren Plänen und Vereinbarungen wurde dezidiert aufgezählt, wer zu den Gegnern gehört. So wird der PEN-Klub genauso genannt wie der Jüdische Weltkongress, katholische Emigrantengruppen oder Einzelpersonen deutscher oder tschechischer Nationalität wie Wolf Biermann, Jürgen Fuchs oder Jiri Pelikan. Dem Plan für die Zusammenarbeit für den Zeitraum 1982 bis 1985 ist eine Anlage mit neun Vorgängen beigelegt, die gemeinsam bearbeitet werden sollten.</p> | <p>Arbeitsauftrag: a) Erläutere, warum beide Staaten Angst vor diesen Organisationen hatten. b) Informiere dich über die hier genannten Persönlichkeiten.</p> |
| <p>Im Bereich der allgemeinen Beobachtung wurde die Zusammenarbeit um die wissenschaftliche, künstlerische und medizinische Intelligenz sowie Jugendlichen, hier vor allem Studenten, ausgebaut. Nach wie vor wurden alle Touristen beobachtet. Bereits beim Mitführen von eventuellen Tatmitteln wie Ferngläser, Kompaß, Seitenschneidern, Landkarten mit Markierungen von Grenzpunkten der ČSSR zur BRD und Österreich, persönlichen Dokumenten und Unterlagen wie Zeugnissen und Ausweisen, wurde den Bürgern die Einreise in die Tschechoslowakei verweigert.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Erläutere was du alles auf eine Wanderung mitnehmen würdest.</p> |
| <p>Alle Personen die im Jahr 1978 zur Eishockeyweltmeisterschaft fahren wurden unter der Aktion „Extrem Prag“, an der Grenze überprüft und</p> | <p>Arbeitsauftrag: Erläutere wie die Zusammenarbeit in der Praxis funktionierte.</p> |

| | |
|--|---|
| <p>filtriert. Zur Beobachtung der Teilnehmer der Weltmeisterschaft wurde dem MfS in Prag ein IM zur Verfügung gestellt.</p> <p>Zu diesem Zeitpunkt wurde der Austausch von Mitarbeitern auf Expertenebene ausgebaut. Dazu gehörten Bereiche wie die kriminalistischen Fotografie oder die Anwendung von Geruchskonserven sowie ihre Anfertigung zur Überprüfung von kriminell anfälligen Personen.</p> | |
| <p>Aber auch die im Grunde apolitischen Staaten begannen immer mehr mit ihrem Staat zu hadern und für sich Rechte im weitesten Sinne zu beanspruchen.</p> <p>Allein die Tatsache, dass sich junge Menschen aus der DDR mit Gleichaltrigen in Prag Pfingsten 1983 treffen wollten, hat die Staatssicherheit beider Staaten in Alarmbereitschaft versetzt. Volle fünf Tage dauerte die vom Leiter der Hauptabteilung VI, Generalmajor Fiedler, angeordnete Aktion „Hopfen 83“. In Prag wurden ca. 200 Jugendliche vor der Gaststätte „U Fleku“ mit Schlagstöcken und Tränengas auseinandergetrieben und zum Vorortbahnhof Bubenetz transportiert und in einen Zug in Richtung DDR verbracht. Nach der Abfahrt des Zuges wurde dieser durch Ziehen der Notbremse zum Halt gebracht und die Bürger der DDR entfernten sich wieder in Richtung des Prager Zentrums. Um sich mehr Gehör zu verschaffen, begannen jetzt die Oppositionellen der DDR und der ČSSR zusammenzuarbeiten. Am 22. November 1984 veröffentlichten sie eine gemeinsame Erklärung in der sie sich für die Einhaltung der Menschenrechte im Sinne der KSZE aussprachen. Ihr folgten der „Prager Appell“ vom März 1985 und die Gründung der „Kontaktgruppe zur Charta 77“. All die Aktivitäten wurden von den beiden Staatsorganen penibel beobachtet, auf hartes Vorgehen gegen die einzelnen Mitglieder wurde jedoch meist verzichtet.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Erläutere warum die Staatssicherheit beider Staaten so reagierte Dok.III.130583</p> |
| <p>5. Die Ära Gorbatschow (1985 bis 1989)</p> | |
| <p>Am 11.März 1985 wählte das Zentralkomitee der kommunistischen Partei der Sowjetunion Michail Gorbatschow zum Generalsekretär und damit zum ersten Mann dieser Partei. Zu diesem Zeitpunkt war die Sowjetunion durch die hohen Rüstungsausgaben und den Krieg im Afghanistan wirtschaftlich erschöpft. Die Reform des gesellschaftlichen Lebens war daher unausweichlich. Im Februar 1986 wurden auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU die Grundsätze der Reformen verabschiedet: Glasnost, Perestrojka und Uneskorenije.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Stelle fest, was die Realisierung der Grundsätze von Glasnost, Perestrojka und Uneskorenije in der Praxis bedeutet. Erforsche die Bedeutung dieser drei Begriffe!</p> |

| | |
|---|---|
| <p>Da die UdSSR keine Kraft mehr hatte, die kommunistischen Regimes weiter zu unterstützen, war es notwendig die Politik zu diesen Staaten neu zu regeln.</p> | <p>Arbeitsauftrag: Stelle fest, wann die Breschnew-Doktrin aufgehoben wurde. Worauf setzte Gorbatschow in der künftigen Zusammenarbeit mit den Ostblockstaaten</p> |
| <p>In den sozialistischen Staaten wurden diese Reformen jedoch nicht sofort sichtbar. Die Kontrolle der Bürger wurde fortgesetzt. Sie wurde nicht auf Personen beschränkt. Briefe, die DDR-Bürger aus der ČSSR in den Westen schickten, wurden abgefangen und an das MfS weiterleitet. Diese Praxis wurde im „Plan für die Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane für den Zeitraum 1986 bis 1990“ bestätigt. Der visafreie Verkehr, der das Treffen der Menschen beider Staaten und Nationen begünstigte war für deren Staatsorgane eine große Herausforderung, galt es doch diejenigen Personen herauszufiltern, die man verdächtigen könnte, dass sie unter Umständen die Absicht hatten, über die ČSSR ungesetzlich die DDR zu verlassen. Der Hausleitung des MfS ging es daher darum, die Kontrollen an der Grenze so effektiv wie möglich zu gestalten. Im Bericht des MfS von Mai 1986 ist zu lesen, dass auf dem 241 km langen Grenzabschnitt zwischen der DDR und ČSSR mit 13 Grenzübergangstellen rund 2.000 hauptamtliche Kräfte und ihre freiwillige Helfer eingesetzt waren. In Bezug auf die zu überwachen den 241 km Staatsgrenze bedeutete das theoretisch, dass pro Kilometer Staatsgrenze acht Personen bzw. eine Person für 125 Meter Staatsgrenze eingesetzt waren. Um die Grenze undurchlässiger bzw. sicherer zu machen galt es, auf alle Gefahren und alle verdächtigen Personen zu achten. Dazu gehörten auch die Käufer leerstehender Häuser in der Nähe der Staatsgrenze. Zwischen Januar und September 1986 wurden 55 Mal mehr Versuche registriert, die Staatsgrenze zwischen der DDR und der ČSSR illegal zu überqueren als im Vorjahr. Noch im Jahre 1988 war man auf beiden Seiten bemüht, die Effektivität der Grenzkontrollen zu verbessern, ohne Rücksicht auf die Ereignisse in der Sowjetunion, wo Perestrojka und Glasnost begannen, den Sozialismus zu verändern. Da es mit der Motivierung der Grenztruppen auf beiden Seiten der Grenze nicht zum besten stand, wurde in einem gemeinsamen Plan des Tschechoslowakischen Innenministeriums und des Verteidigungsministeriums der DDR festgehalten, wie man bis zum</p> | <p>Arbeitsauftrag: Erläutere warum DDR-Bürger Briefe aus der ČSSR in den Westen schickten. Dok.III.050286</p> |

| | |
|---|---|
| <p>Jahre 1995 die politische Arbeit verbessern wollte. Die Führung der Partei- und Jugendorganisationen gehörte zu den Schwerpunkten.</p> | |
| <p>Die Bürger der sozialistischen Staaten haben nicht nur mit Interesse Gorbatschows Ideen gehört, sie begannen auch auf ihre Umsetzung zu pochen. Die Opposition in der DDR und der ČSSR wuchs ständig und mit ihr auch die Anzahl der Emigranten aus der DDR, die den sogenannten Ungarischen Weg oder den über die Bundesdeutschen Botschaften wählten.</p> <p>Im Herbst 1989 brach das sozialistische Lager aufgrund von Bürgerprotesten zusammen. Die ursprüngliche Idee einer Reform des Sozialismus war nicht realisierbar, ohne dass man den Sozialismus als Solchen beseitigte. Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 bildete den Schlusspunkt des Kalten Krieges, der Europa in zwei verfeindete Blöcke geteilt hatte.</p> <p>Die Zeit der normalen Beziehungen begann.</p> | <p>Arbeitsauftrag:</p> <p>a) Vergleiche die Situation in der DDR 1953, in Ungarn 1956 und in der ČSSR 1968.</p> <p>b) Benenne diejenigen Staaten, in denen im Jahr 1989 das sozialistische Regime zusammenbrach.</p> <p>Dok.VI.091189</p> |